

Mündliche Anfrage

des Abgeordneten Dietmar Rieth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Umweltministerin signalisiert gegenüber RWE Inbetriebnahme des AKW Mülheim-Kärlich

In der Rhein-Zeitung vom 17. August 1995 äußerte sich der Vorstandsvorsitzende der RWE-Energie AG, Roland Farnung, zur Unternehmenspolitik des Stromriesen und zum AKW Mülheim-Kärlich. In dem Artikel ist nachzulesen: „Auch die Landesregierung erwarte eine Gerichtsentscheidung zugunsten des Kraftwerks, wie ein Gespräch mit Umweltministerin Klaudia Martini ergeben habe.“

In diesem Zusammenhang frage ich die Landesregierung:

1. Trifft es zu, daß die Landesregierung jüngst ein Gespräch mit der RWE-Energie AG über die Zukunft des AKW Mülheim-Kärlich und den Prozeßverlauf vor dem OVG zur 1. TG (neu) geführt hat? Wenn ja, welchen Inhalt hatte das Gespräch, und welche Mitglieder der Landesregierung nahmen daran teil? Wenn nein, wie erklärt sich die Äußerungen des Vorstandsvorsitzenden der RWE-Energie AG?
2. Welches Ziel verfolgt die Landesregierung bei dem bevorstehenden Prozeß zur 1. TG (neu) vor dem OVG Koblenz?
3. Hat die Umweltministerin bei dem in der Rhein-Zeitung zitierten Gespräch gegenüber den RWE-Managern die behauptete Aussage gemacht? Wenn nein, wird die Landesregierung die Behauptungen der RWE-Energie AG zurückweisen?
4. Hat die Umweltministerin gegenüber der RWE-Energie AG zu erkennen gegeben, daß sie bei einem entsprechenden Ausgang des Prozesses vor dem OVG bereit wäre, einen Sofortvollzug zur Inbetriebnahme des AKW zu genehmigen? Wenn ja, Begründung?

Dietmar Rieth